

Ressort: Politik

"Focus": Bundesländer blockieren Atommüll-Zwischenlager

München, 15.06.2014, 09:10 Uhr

GDN - Bayern, Hessen und Niedersachsen weigern sich, 26 Castoren mit deutschem Atommüll aufzunehmen, der im Ausland wiederaufbereitet worden ist. Das hat das Nachrichtenmagazin "Focus" aus den zuständigen Landesumweltministerien erfahren.

Die drei Bundesländer kommen für die Endlager in Frage, weil sie über Zwischenlager an Atomkraftwerken verfügen. Bayerns für Atommüll zuständiger Umweltminister Marcel Huber (CSU) hält andere Länder für geeigneter: "Die Unterbringung sollte möglichst dort erfolgen, wo die Transportwege aus England und Frankreich kurz sind", sagte er "Focus". Sein niedersächsischer Amtskollege Stefan Wenzel (Grüne) will davon nichts wissen: "Niedersachsen ist bereits so stark in Vorleistung gegangen, dass jetzt die Lasten-Verteilung durch andere Bundesländer gefordert ist." Hessens Umweltministerin Priska Hinz (Grüne) teilte mit, es sei noch keine Entscheidung über die Auswahl eines Zwischenlagers getroffen worden. Aus Parlamentskreisen verlautete, Hessen verlange für die Bereitschaft finanzielle Kompensation vom Bund - die dieser bislang nicht leisten will. Die Länder haben sich verpflichtet, ein drittes Zwischenlager zur Verfügung zu stellen: Vor einem Jahr vereinbarten sie, dass keine weiteren Castoren mehr ins Zwischenlager Gorleben gebracht werden. Die Abmachung war Bedingung für einen Neustart bei der Endlagersuche. Bislang haben sich nur Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein bereit erklärt, einen Teil des Atommülls aufzunehmen, sofern noch ein drittes Bundesland hinzukomme. Die Zeit drängt: Bereits 2015 sollen Castoren aus der Wiederaufbereitungsanlage im französischen La Hague nach Deutschland zurückgebracht werden. Das ist völkerrechtlich bindend vereinbart. Zuletzt hatte Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) gedroht, notfalls ein Zwischenlager per Atomrecht zu bestimmen. Betroffene Länder können allerdings auf die Vereinbarung pochen, dass die Entscheidung nur mit ihrer Zustimmung erfolgen soll.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-36243/focus-bundeslaender-blockieren-atommuell-zwischenlager.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619